

Beschluss des Landrats vom 02.11.2023

Nr. 134

14. Krankes Gesundheitssystem?

2023/314; Protokoll: gs

Miriam Locher (SP) wünscht die Diskussion.

://: Der Diskussion wird stattgegeben.

Miriam Locher (SP) dankt für die Beantwortung der Interpellation. Wenn man den Text liest, ist das bedrohliche Szenario, auf das man zuschaukelt, nochmals etwas klarer geworden. Man hat vor einigen Jahren geklatscht, als es darum ging, dem Gesundheitspersonal zu danken. Wenn man nun liest, dass man auf ein sehr schwieriges Szenario zusteuert, so ist zu konstatieren, dass noch nichts von den Dingen umgesetzt werden konnte, die man sich damals vorgenommen hatte. Die Situation mit den Anstellungen im Gesundheitswesen ist angespannter geworden. Alles deutet sogar auf eine weitere Verschärfung hin. Fachkräfte zu rekrutieren wird in diesem Bereich immer schwieriger. Es wird versucht, die Lücke mit temporäreren Mitarbeitenden zu füllen. Genau solche Lösungen haben einen unmittelbaren Einfluss auf die verbleibenden Fachkräfte, welche noch mehr ausbaden müssen, was das Gesundheitswesen offensichtlich nicht hinbekommt. Wer verbleibt, rutscht dann etwa in ein Burn-out oder kann die Arbeit nicht mehr zur Zufriedenheit und im Sinne der Berufsehre erfüllen. Das bereitet grosse Sorgen – vor allem auch im Hinblick auf die demografische Entwicklung. Es ist ein bedrohliches Szenario. Temporäre Lösungen können Brände löschen – sie sind aber langfristig nicht sinnvoll. Es ist stark auf die Umsetzung der Pflegeinitiative zu hoffen. Es ist auch zu hoffen, dass der Regierungsrat sich einbringt, wo dies möglich ist, und dass er deutlich macht, dass die jetzige Situation geändert werden muss.

Erika Eichenberger Bühler (Grüne) bestätigt, was die Vorrednerin gesagt hat. Wenn man den Text liest, entsteht der Eindruck, dass die Situation knapp gesichert werden kann – aber offensichtlich nur dank der grossen Flexibilität und dem grossen Engagement von allen Beteiligten. Fakt ist: Die Situation bleibt angespannt. Darum erachtet die Grüne/EVP-Fraktion es als zwingend, dass der Regierungsrat Druck macht in Bern, damit es vorwärts geht mit dem zweiten Teil der Pflegeinitiative. Es muss das Ziel sein, dass die jetzt zusätzlich ausgebildeten Pflegefachleute tatsächlich bei der Stange gehalten werden können. Es ist das gleiche Problem, von dem man zuvor bei den Primarlehrerinnen und -lehrern gehört hat: Die Leute wechseln kurz nach der Ausbildung den Beruf. Die Interpellation zeigt, dass die Situation in den Spitälern, bei der Alterspflege und auch bei der Spitex nach wie vor angespannt bleibt. Das kann nicht zufrieden stellen – es besteht weiter grosser Handlungsbedarf.

Urs Roth (SP) erachtet es als wichtig, dass man nicht nur auf die Probleme hinweist, sondern auch auf die Massnahmen, die nun eingeleitet sind. Man muss aber darauf hinweisen, dass das ein Preisschild haben und somit finanzielle Ressourcen in Anspruch nehmen wird. Der Landrat wird dann gebeten sein, den kommenden Vorlagen auch zuzustimmen – trotz der Budgetlage, in der man steckt. Denn es wird nicht anders gehen, als dass Mittel von Bund und Kantonen gesprochen werden.

Sven Inäbnit (FDP) antwortet Urs Roth, dass man nicht nur von der Deckung des Bedarfs ausgehen kann. Man muss auch überlegen, was der Bedarf ist. Damit wird man sich in den nächsten Jahren befassen müssen. Man wird die Dienstleistungen, die jetzt breit konsumiert werden, viel-

leicht nicht mehr alle in gleicher Masse beziehen können. Die Frage, wohin das Gesundheitswesen steuert, wird auch im Rahmen anderer Vorstösse ein Thema sein. Man muss selbstverständlich abdecken, was ist – hier ist den Analysen der Vorrednerinnen zuzustimmen. Man muss aber in Zukunft auch an die Selbstverantwortung denken: Wie viele Gesundheitsdienstleistungen soll man individuell beziehen? Wo kann man selber einsparen und das Gesundheitssystem entlasten? Es braucht auch diesen Blick auf eine andere Dimension – und nicht nur auf die Deckung der Nachfrage. Sondern auch auf die Bedarfssteuerung.

Regierungsrat **Thomi Jourdan** (EVP) sagt, das Problem sei erkannt. Es beschränkt sich auch nicht nur auf die Medizinalberufe. Wer sich in der Schweiz umschaute, stellt fest: Man redet nicht nur von einem Fachkräftemangel, sondern von einem generellen Arbeitskräftemangel. Wer am Forum Arbeit und Wirtschaft der Standortförderung war, konnte dort die entsprechenden Zahlen zur Kenntnis nehmen. Man befindet sich in der Demografiewende. Das heisst: Man bringt schlicht nicht mehr genügend Leute in den Arbeitsmarkt. Die Zahl der Leute, die aus dem Arbeitsmarkt entschwinden, ist mittlerweile grösser als der Nachwuchs. Viele zentrale Branchen – und auch einige systemkritische Branchen – haben zunehmend Mühe, die entsprechenden Fachkräfte zu rekrutieren. Bezüglich der angesprochenen Pflege kann nochmals bekräftigt werden, dass es dem Regierungsrat sehr bewusst ist, dass es Anstrengungen braucht. Im Kontext der Pflegeinitiative soll dies im Rahmen des bikantonalen Projekts zusammen mit Basel-Stadt bekräftigt werden, wobei man in der ersten Etappe über die Forderungen des Bundes hinausgeht. Auch im Bereich der FaGe-Ausbildung möchte man Beiträge leisten. Der Redner ist davon überzeugt, dass es nicht nur darum geht, auf der «diplomierten Ebene» Haltemassnahmen zu fördern – es ist auch ganz wichtig, dass man mehr junge Menschen für den Pflegeberuf gewinnen kann. Hier ist der oder die Fachangestellte Gesundheit der wichtigste Zugang in das Berufsbild. Darum braucht es dort Massnahmen, die dazu beitragen, dass man den ganzen Pool an jungen Menschen erweitern kann, die in den Pflegeberuf kommen.

Was auch erwähnt sei: Ja, es gibt die Fragestellung, wie man innerhalb der Betriebe effizienter werden kann. Es ist erfreulich sagen zu können, dass die Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion zusammen mit der Vereinigung der Nordwestschweizerischer Spitäler und dem KSBL explizit an einem Projekt zur Entadministrierung im Gesundheitswesen und insbesondere in der Pflege mitwirkt. Wie gross das Ergebnis sein wird, kann man heute noch nicht sagen. Viele Reglementarien in Bezug auf die administrativen Leitungen sind auf Bundesebene festgelegt. Es geht aber tatsächlich auch darum zu prüfen, was auf kantonaler und betrieblicher Ebene veränderbar ist. Man weiss, dass in der Pflege etwa 40 bis 50 % der Arbeitszeit für die Administration verwendet werden muss (wie auch in anderen Berufsgattungen im Medizinalwesen). Wenn man hier nur schon 10 bis 20 % reduzieren könnte und dies auf 100 Mitarbeitende hochrechnet, bekommt man eine Ahnung, wie viel mehr von der freigewordenen Zeit der eigentlichen Pflegearbeit zugute käme – dadurch liesse sich vermutlich auch die Motivation erhöhen. Die meisten Leute, die in der Pflege arbeiten, wollen vermutlich pflegerisch, und nicht administrativ, tätig sein.

Ja, der Bedarf und die Notwendigkeit sind bekannt. Im Sinne einer Ergänzung zu Sven Inäbnit: Man muss sich neben all den Dingen, die man betreffend Umfang des Leistungsbezugs diskutieren kann, bewusst sein, dass man sich in einer Demografiewende befindet: Die Gesellschaft altert – und der Pflegebedarf nimmt natürlich zu; eben, weil es mehr ältere Leute gibt und man damit einen höheren Bedarf in der Spitex und in den Alters- und Pflegeheimen hat. Die Problematik wird sich kraft der Demografie verstärken. Es sei versichert, dass man sich der Thematik und der Problematik sehr bewusst ist. Und der Kanton möchte einen Beitrag leisten zur Verbesserung der Situation.

://: Die Interpellation ist erledigt.

